

Streiflichter aus der Geschichte Biberachs

Revolution in Deutschland: Die Jahre 1848 und 1849 (Teil 2)

Von Dr. Kurt Diemer

Bei einem Aufstand in Frankfurt wurden im September 1848 zwei konservative Abgeordnete erschlagen. Der erneute Aufstandsversuch radikal-demokratischer Gruppen unter Gustav von Struve in Baden scheiterte bald. Die Regierung in Stuttgart forderte daraufhin am 23. September „alle wohlgesinnten Staatsbürger“ auf, sich um sie zu scharen und tatkräftig zu zeigen, dass das württembergische Volk die Errungenschaften der neueren Zeit nicht durch Aufwiegler gefährden lassen wolle. Eine Abordnung versicherte daraufhin Oberamtmann Herder ihrer Unterstützung „bei energischem Handeln“. Am 25. September sprach dieser bei einer Bürgerversammlung auf dem Marktplatz im Sinne der Regierungsproklamation.

In der am Abend des gleichen Tages abgehaltenen ersten Versammlung des Volksvereins sah der Vorsitzende die Aufgabe des Vereins in der Bekämpfung derjenigen, die das alte System der Bevormundung und Beknechtung so gerne wieder zurückführen möchten, wie auch aller, welche kein Eigentum und keine Sittlichkeit mehr anerkennen wollten. Da diese reaktionären und anarchistischen Elemente entweder zum dynastischen Absolutismus oder zu einem Volksterrorismus führten, sei es insbesondere auch die Aufgabe des Vereins, die Regierung in ihren Bestrebungen für die Verwirklichung der neu errungenen Freiheiten und Rechte des deutschen Volkes und in Handhabung der gesetzlichen Ordnung auf das Kräftigste zu unterstützen. Scharf wandte sich der Redner gegen vielfältige Verdächtigungen. Man habe die Bürger gewarnt, der Verein sei republikanisch und wühlerisch, störe die öffentliche Ordnung und Ruhe und lasse so eine allgemeine Stockung des

Handels und der Geschäfte, Kredit- und Gewerbslosigkeit befürchten, ja sogar militärische Einquartierung.

Schon in der nächsten Nummer der Zeitung erschien eine von acht Bürgern unterzeichnete Erklärung, das Manifest der Staatsregierung habe sie veranlasst, diese Gesinnungen als die der unzweifelhaften Mehrheit der hiesigen Einwohner kundzutun. Im Hinblick auf Drohungen Einzelner gegen das Leben, die Freiheit der Gesinnungen und Handlungen Anderer wie das wühlerische Geschrei mancher Personen in Wirtshäusern und auf öffentlichen Plätzen hätten sie das Oberamt gebeten, diese unruhigen Schwindel- und Brauseköpfe zur Ordnung zu ermahnen. „Wir haben hiebei des Volksvereins nicht Erwähnung getan, ja nicht einmal seiner gedacht. Will nun der Volksverein ernstlich nichts anderes, als was seine Statuten sagen, so findet er uns auf derselben politischen Bahn“. Am 3. Oktober wies der Verein diese Erklärung „mit gebührender Verachtung und mit dem Bemerken zurück, wie wir solch verdächtige Freunde viel mehr denn offene Feinde gemieden wissen wollen“. In seiner Sitzung vom 5. Oktober ging der Volksverein auf den Streit nicht weiter ein. Am 9. Oktober beendigte sie eine „Schlusserklärung“ der „wirklich verdächtigen Acht“.

Nach der Ablehnung der am 28. März 1849 König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen angetragenen Kaiserkrone rückte die Nationalversammlung durch den Auszug wie die Abberufung von Abgeordneten immer weiter nach links und verlegte das „Rumpfparlament“ am 30. Mai nach Stuttgart. Nach seiner Auflösung am 18. Juni durch die Regierung – der Biberacher Volksverein, hatte noch am 15. Juni beschlossen, „daß er in der in Stuttgart tagenden Nationalversammlung die rechtsgiltige Vertreterin des deutschen Volkes anerkenne“ – lösten sich die Volksvereine rasch auf. Letztmals erscheint der Biberacher Verein am 11. Juli 1849 mit einem Aufruf „betreffend die Einberufung zu einer Versammlung von Volksvertretern zur Revision der Verfassung.“ Gewählt wurde der Kandidat des Volksvereins, der Esslinger Oberjustizassessor Rudolf Probst (1817–1899), der den Wahlkreis Biberach dann bis

1894 ununterbrochen im Landtag vertrat. Obwohl er sich als Reichstagsabgeordneter (1871–1873) dem Zentrum angeschlossen hatte, blockierte er, der führende Kopf der katholischen Abgeordneten, als Mitglied der Fraktion der Linken die Gründung einer württembergischen Zentrumspartei. Erst nach seinem Ausscheiden konstituierte sie sich am 17. Januar 1895. So leiten sich die beiden Strömungen, die bis 1919 das politische Leben in Biberach bestimmten, aus dem Jahre 1848 her: das liberale Lager als Vertretung des evangelischen und das Zentrum als Vertretung des katholischen Bürgertums.



Oberjustizassessor Rudolf Probst (1817–1899) war Rechtsanwalt, Politiker und vertrat als Mitglied des Land- und Reichstags den Wahlkreis Biberach. Quelle: tobias-bild.uni-tuebingen.de/detail/37175

Über den Autor

Der gebürtige Biberacher und vielen als Kreisarchivar im Ruhestand bekannte Dr. Kurt Diemer ist eine Institution, wenn es um die Geschichte der Region Oberschwabens, des Landkreises und die Biberacher Stadtgeschichte geht.

In zahlreichen Publikationen hat er sein Wissen zur regionalen Geschichts- und Kulturforschung unterschiedlichen Leserschichten zugänglich gemacht.

